



Antrag

der Abgeordneten **Prof. Dr. Ingo Hahn, Martin Böhm, Christian Klingen, Gerd Mannes, Ulrich Singer, Ralf Stadler, Andreas Winhart, Franz Bergmüller, Ferdinand Mang, Dr. Ralph Müller, Josef Seidl, Uli Henkel** und **Fraktion (AfD)**

Klimaideologie stoppen II - für eine Trendwende in der Klimapolitik des Bundes

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine Abkehr von den Zielen des Bundes-Klimaschutzgesetzes auszusprechen und sich für seine Außerkraftsetzung einzusetzen.

Begründung:

Bis 2030 will die Bundesregierung den Treibhausgasausstoß zum Vergleichsjahr 1990 um mindestens 55 Prozent verringern. Dabei wird im Gesetz festgelegt, wie viel CO₂ jeder Sektor ausstoßen darf. Dies soll durch die Einhaltung jährlicher Emissionsziele für Energiewirtschaft, Industrie, Gebäudebereich, Verkehr sowie Land- und Forstwirtschaft und Abfallwirtschaft gewährleistet werden. Bei Verstößen möchte die Bundesregierung umgehend nachsteuern.

Ein fünfköpfiger Expertenrat, dem zwei Klimawissenschaftler, ein Umwelt- und Nachhaltigkeitsexperte und je ein Experte für Wirtschaft und soziale Fragen angehören, wurde als unabhängiges Beratungs- und Überwachungsgremium eingesetzt, um Fortschritte zu bewerten. Dabei ist nicht nur die Wirtschaft als Kern unserer Wertschöpfung unterrepräsentiert, sondern auch die Expertise aufgrund der eingeschränkten Expertenauswahl nicht aussagekräftig, um derart weitreichende Bewertungen vorzunehmen und als Grundlage für Entscheidungen darzustellen.

Was von der Bundesregierung als transparenter Vorgang geschildert wird, ist nichts weiter als die Summe von unverhältnismäßigen Eingriffen, die der Realität von Ökologie und Ökonomie zutiefst zuwiderlaufen. Was zuvor marktwirtschaftlich geregelt wurde, soll nun durch Zwangsmaßnahmen wie CO₂-Kontingentierung und Zusatzbesteuerungen durchgesetzt werden.

Das Bundes-Klimaschutzgesetz als Kerninstrument dieser planwirtschaftlichen staatlichen Eingriffe stellt vor dem Hintergrund der sich anbahnenden Rezession nicht nur eine enorme Gefahr für unsere heimische Wirtschaft und unseren Wohlstand dar, sondern belastet die Umwelt im globalen Kontext durch die Förderung ressourcenintensiver, umweltschädlicher und nicht zukunftsfähiger Technologien. Aus diesem Grund sind die darin enthaltenen Zielsetzungen abzulehnen und das Gesetz schnellstmöglich außer Kraft zu setzen.